

Tagung: Klima, Gerechtigkeit, Frieden

17. – 19. September 2010

Tagungsleitung: Dr. Goldenstein

Was ist Notwendig? Was ist gerecht? Was verhindert Gewalt? – Und was tun wir?

Dr. Frithjof Schmidt: Ich möchte mit dem Friedensbegriff anfangen. Wenn wir einen umfassenden Friedensbegriff haben, dann beschreibt Frieden mehr als die Abwesenheit von Krieg, sondern einen Gesellschaftszustand. Daraus folgt dann aber im Gegenzug natürlich auch ein anderer Begriff von Aggression. Aggression zwischen Staaten und zwischen Ländern kann dann nicht nur militärisch definiert werden. Es kann eine ökologische Aggression geben oder ökonomische Aggression.

Bei den großen sicherheitspolitischen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts haben wir es genau mit diesen Themen zu tun. Das wichtigste Beispiel dafür ist wohl der Klimawandel, hervorgerufen durch Emissionen vor allem seitens der Industrieländer, durch einen bestimmten Industrialisierungsweg, der zur Konsequenz hat, dass buchstäblich ganze Länder im Meer versinken - sein es die Malediven oder bestimmte pazifische Inseln - dass Küstenregionen im Meer versinken, dass Wüstenbildung vorankommt, dass sich also die Lebensbedingungen global massiv verändern.

Das kann schon, wenn man so will, als ein Element struktureller Gewalt definiert werden. Also da feiert die Diskussion, die wir in den 60er Jahren, ausgehend von Johan Galtung, geführt haben, sozusagen einen neuen Urstand. An dieser Theorie ist sicherlich vieles schwach, aber das Grundelement, dass es solche strukturelle Gewalt geben kann, das manifestiert sich in diesen Tagen. Und das gleiche gilt auch im ökonomischen Bereich, im Bereich der gerechten Globalisierung. Wenn man sehen kann, was für Schäden mit Exportsubventionen oder durch Überfischung

angerichtet werden können, die die Existenzgrundlage für ganze Nationen untergraben, dann glaube ich, ist es nicht unangemessen in einem solchem Bereich mit dem Begriff der Aggression zu arbeiten.

Mit diesen Überlegungen stellt sich die Friedensfrage als eine umfassende Frage, als eine Frage, die auch im ökologischen und ökonomischen Bereich politische Relevanz hat und gelöst werden muss.

Das wird auch in der militärischen Diskussion übrigens im Augenblick ins Zentrum gerückt. Sie wissen vielleicht, dass die Nato jetzt im November ein neues Strategiekonzept verabschieden will, dass das Strategiekonzept der Nato von 1999 ersetzt. Zur Vorbereitung ist eine sogenannte „Eminent Persons Group“ eingesetzt worden, also eine Gruppe wichtiger Persönlichkeiten unter Führung und Vorsitz der ehemaligen US-Außenministerin Madeleine Albright. Der Bericht dieser Expertenkommission stellt als Schlüsselherausforderungen für das 21. Jahrhundert genau diese Fragen, Klimaschutz und Ressourcensicherung ins Zentrum – und das auch für die NATO.

Es gibt aus dieser Diskussion eine gute und eine schlechte Nachricht. Die gute Nachricht ist, dass die Kommission unter Frau Albright sich Mühe gibt in der sicherheitspolitischen Diskussion zu vermitteln, dass Klimawandel und Klimaschutz nicht militärisch gelöst und betrieben werden kann. Es ist dort verstanden worden, dass das Instrumentarium des Militärischen dafür völlig ungeeignet ist und dass es deshalb nicht Aufgabe einer sicherheitspolitischen oder militärischen Bündnisorganisation wie der Nato sein kann, in diesem Bereich internationales Ordnungsrecht zu schaffen.

Die schlechte Nachricht ist, dass das für den Bereich des Ressourcenschutzes nicht gilt. Da ist die Debatte ganz offen, sehr vorsichtig, sehr ambivalent, aber es wird sehr deutlich die Option aufgemacht, dass es Aufgabe der NATO im sicherheitspolitischen

Bereich sein kann, den Schutz des Zuganges zu Ressourcen zu gewährleisten. Es zieht das Problem einer Art Wettbewerbsmilitarismus herauf. Dass man also Militäreinsätze damit begründet, dass die Grundlagen für unsere Stellung im internationalen ökonomischen Wettbewerb in Gefahr sind.

Wir werden im November sehen, wie das in Lissabon diskutiert wird.

Dann findet die entsprechende Tagung der Regierungschefs und der Verteidigungsminister statt, die das neue strategische Konzept beschließen sollen.

Ich sage mal voraus, dass es da kein ganz klares Ergebnis geben wird, das ist noch eine Übergangsdiskussion, die wir führen. Aber Sie haben hier die zentralen Punkte, über die auch in diesem militärischen Bereich gesprochen wird.

Der dritte Punkt, den ich ansprechen möchte, ist die These der ökologischen und sozialen Schuld. Man kann das ethisch und moralisch diskutieren, man muss das sogar tun, aber wenn man zu Lösungen kommen will, ist es besser, es ökonomisch zu definieren. Das heißt, es gibt Hauptverursacher des Klimawandels, namentlich wir die Industrieländer, und wir haben über die Verhältnisse gelebt, indem wir unverhältnismäßig viel an Ressourcen und an der Atmosphäre verbraucht haben, indem wir die Emissionsbelastung über Jahrzehnte hochgetrieben haben. Deswegen müssen die Hauptverursacher auch überproportional zur Lösung beitragen. Ein schlichter Grundsatz: die Verursacher müssen die Schulden, die sie bei der Weltgemeinschaft aufgehäuft haben, zurückzahlen. Dabei ist der Pro-Kopf-Ansatz zentral, der als Ausgangspunkt für jede Berechnung der aufgehäuften ökologischen, im Handelsbereich auch sozialen Schulden anerkannt werden muss. Dafür gibt es Konzepte. Meine Fraktion hat vor 14 Tagen, was die Situation in Deutschland betrifft, ein Konzept vorgelegt, wie man bis 2050 umstellen kann im Energiebereich auf regenerative Energieversorgung zu 100%,

wie es möglich ist, die CO₂-Emissionen bis 2050 im Bereich von 80%-90% zu reduzieren. Da streiten sich die Gelehrten, ob man da 20% Restgröße hat oder ob man das noch weiter absenken kann.

Und das Gleiche gilt dann eben auch für mögliche Berechnungen eines internationalen Lastenausgleiches.

Damit komme ich zum letzten Punkt. Entscheidend ist , für den Prozess, der jetzt international im Klimabereich stattfindet, von Bali über Kopenhagen nach Cancún, ist als erstes, dass die Anpassungshilfen für Entwicklungsländer an diesen Klimaprozess wirklich gezahlt werden müssen. Und da macht die Bundesrepublik im Moment eine traurige Vorreiterrolle. Alles, was in Bali versprochen wurde - nämlich dass Anpassungshilfen in diesem Bereich zusätzlich zu der Entwicklungshilfe gezahlt werden - , wird nun aufgekündigt. Und das in einer Situation, wo wir im September in New York die Konferenz haben, die den Stand beim Erreichen der Millenniumsziele bilanzieren wird. Und die Bilanz wird schlecht sein. Es wird deutlich werden, dass man da viele Ziele nicht oder nur mit deutlich höherem Engagement erreichen kann. Und genau in dieser Situation wird vom wichtigsten europäischen Industrieland, der Bundesrepublik, bei den Haushaltsentwürfen für den Bundeshaushalt, die Vereinbarung, für die Frau Kanzlerin Merkel in Bali ihr großes Kanzlerinnenehrenwort gegeben hat, gebrochen, dass die Klimagelder zusätzlich sind. Das gleiche gilt übrigens auch für den Millenniumsprozess, die Bundesregierung hat ja bereits angekündigt, dass sie nicht bereit ist, den europäischen Stufenplan zur Erreichung solcher Ziele, der ja kurz unterhalb einer völkerrechtlich vertraglich verbindlichen Schwelle vereinbart wurde, zu erfüllen. Was das für eine Signalwirkung hat, wenn eines der in der Wahrnehmung der Welt reichsten und ökonomisch stabilsten Länder der Welt und der europäischen Union sagt: „ ja, das können wir uns nicht mehr leisten, Leute, das ist zu teuer, weil wir haben hier auch Probleme“, kann man sich kaum ausmalen. Und das schafft natürlich auch die Möglichkeit für

jedes andere Land der Welt zu sagen: „wenn das die Deutschen schon nicht mehr können, dann können wir das schon gar nicht mehr.“ Insofern darf man die Signalwirkung dieser Haushaltsentscheidungen, die nun getroffen werden, nicht unterschätzen. Es ist ein internationaler Skandal und es ist eine Tabubrecherrolle, die da eingenommen wird.

Letzte Bemerkung, was kann man machen, wenn jetzt auch in Cancún, und das sind ja leider die Prognosen, kein international verbindliches Klimaprotokoll erreicht wird. Dafür wird die Schuld nicht nur bei den Europäern und den Amerikanern liegen, sondern auch bei Brasilien, Russland, Indien, China. Denn auch die BRICs haben klare Interessendefinitionen vorgegeben und sind nun nicht gerade konstruktiv in diesem Prozess.

Damit haben wir eine Blockade zwischen unterschiedlichen ökonomischen Machtblöcken, die unterschiedliche, wenn man so will, politisch moralische Berechtigungen angeben für die Einnahme dieser Position. Aber vom Ergebnis her betrachtet, sind sie alle miteinander unverantwortlich. Was kann nun eigentlich noch machen?

Ich denke, man wird nach Cancún, wenn es so kommt, wie leider zu befürchten ist, eine neue Diskussion beginnen müssen. Darüber ob es nicht Vorreiterrollen für einzelne Regionen geben kann. Also beispielsweise der europäischen Union. Ich denke, man wird dann in diesem Zusammenhang eine Diskussion führen müssen wie weit man dann Klimapolitik mit Welthandelspolitik verbinden kann. Der Nobelpreisträger Joseph Stiglitz hat die Idee von Klimaschutzzöllen eingeführt. Er hat gesagt, wenn wir uns nicht einigen können, dann muss eine Region wie die EU für Produkte, die bestimmte Kriterien des Klimaschutzes nicht erfüllen, Zölle erheben. In dem Augenblick werden die ökonomischen Anreize für andere Länder sehr, sehr stark, wenn sie auf die europäischen Märkte wollen, bestimmte Kriterien des Klimaschutzes vielleicht doch zu erfüllen. Das ist eine sehr zweischneidige Sache. Ich habe ja eingangs darauf hingewiesen,

dass es auch so etwas gibt wie ökonomische Aggression. Und wir werden sofort die Debatte bekommen, dass solche Klimasschutzzölle ein Instrument der ökonomischen Aggression sein können, wenn man es falsch benutzt und einsetzt. Der Verdacht ist nicht unberechtigt, dass so etwas auch missbraucht werden kann.

Ich bleibe trotzdem dabei, in diesem Sinne möchte ich mit einem Tabubruch schließen:wenn Cancún scheitert, dann werden wir genau über solche Fragen diskutieren müssen, wenn wir weiter vorankommen wollen. Danke.